

Hohe Zuschüsse bei Wasser und Abwasser in Aussicht

Erneute Auslegung des Flächennutzungsplans Sindorf – Keine Rechnung für Feuerwehr-Unterstützung bei Vereinsveranstaltungen

Arnbruck. Flächennutzungs- und Bebauungsplanänderungen, Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung beschäftigten den Gemeinderat in seiner Sitzung.

Flächennutzungsplan

Einer erneuten Auslegung des Flächennutzungsplanes mit den Änderungen des Deckblattes 19 (Ortsteil Sindorf) stimmte der Gemeinderat einstimmig zu. Eine nochmalige Auslegung wäre nicht notwendig gewesen, es lag kein Verfahrensfehler vor, aber aus Gründen der Rechtssicherheit nach vorgebrachten Einwänden, Begründungen und des umfangreichen Umweltberichtes wegen hatte sich der Gemeinderat auf Vorschlag der Verwaltung zu diesem Schritt entschlossen. Bürgermeister Hermann Brandl merkte an, dass dadurch keine Verzögerung des Planverfahrens eintritt.

Bebauungsplan

Zu behandeln hatte der Gemeinderat die Einwände und Anregungen der Fachstellen zu den Änderungen des Deckblattes 24, Bebauungsplan „Marienkapelle-Wetterfelder“, damit das kleine Baugebiet im Bereich Lärchenweg/Wetterfeldstraße/Fichtenweg bald realisiert werden kann. Festhalten will der Gemeinderat an der Definition der Wandhöhe mit maximal sieben Metern im WA 1, was die Untere Bauaufsichtsbehörde bemängelte. Eine Festsetzung auf bergwärts oder tal-

wärts wird nicht vorgenommen, da durch die bisherige Definition die Wandhöhe bereits festgesetzt ist.

Im WA 2 wurde die Wandhöhe mit 9,50 Metern bergwärts festgesetzt, damit ein Geschosswohnungsbau mit maximal vier Vollgeschossen möglich ist. Diese vier Geschosse sind nur von der Straßenseite der Zellertalstraße aus sichtbar. Die Abstandsflächen waren bereits festgesetzt, eine geforderte Bemaßung der Baugrenzen erfolgt nicht. Garagengebäude, gedeckte Stellplätze und Nebengebäude sind als Grenzbebauung erlaubt und dürfen 50 Kubikmeter Bruttorauminhalt überschreiten. Die Gesamtlänge der Außenwände (Gebäude und Garagen) an der Grundstücksgrenze dürfen 50 Meter nicht überschreiten.

Die Auflassung des Spielplatzes wurde bei der Änderung des Bebauungsplanes bewusst gewollt, da sich die Altersstruktur im bisherigen Baugebiet inzwischen stark verändert hat und in Nachbarschaft im Baugebiet Riedelfelder der bestehende Spielplatz fußläufig gut zu erreichen ist.

Die Einwände anderer Fachstellen werden berücksichtigt. Dem Einwand eines Anliegers, der eine Zufahrt zu den hinter liegenden landwirtschaftlichen Flächen forderte, wurde als nicht erforderlich angesehen, da nach Rücksprache mit dem Grundstücksbesitzer dieser erklärte, dass im Norden eine ausreichende Zufahrt bestehe und die Fläche

dadurch weiterhin landwirtschaftlich genutzt werden kann.

Bauanträge

Folgende Baugesuche wurden einstimmig befürwortet: Errichtung einer Garage mit Holzlege im Eichenweg; Neubau eines Einfamilienwohnhauses am Erlenweg; Antrag auf Vorbescheid zum An- und Umbau einer Garage zum Wohnhaus mit Garage in Trautmannsried bei den bestehenden Fischteichen.

Wasser und Abwasser

Eine erfreuliche Mitteilung konnte Bürgermeister Brandl dem Gemeinderat unterbreiten: Arnbruck konnte, wie einige andere Gemeinden in Räumen mit besonderem Handlungsbedarf, in die Härtefallregelung 1 aufgenommen werden. Dies bedeutet, dass die Sanierung von Wasserleitungen und Abwasserkanälen mit bis zu 90 aber mindestens zu 50 Prozent gefördert werden. Das Programm läuft nur bis Ende 2021, bis dahin müssen die Maßnahmen abgeschlossen sein. Mit Hilfe von Wasserwart Markus Spannagl wird eine Liste der sanierungsbedürftigen Leitungen und Kanäle erstellt.

Haushalt 2018

Geschäftsleiter und Kämmerer Hans Graßl erläuterte dem Gemeinderat die außerplanmäßigen

Überschreitungen des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2018 detailliert. Der Gemeinderat genehmigte einstimmig die noch nicht anderweitig gedeckten Überschreitungen und verwies die Prüfung an den örtlichen Rechnungsprüfungsausschuss.

Rechnungsprüfung

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat sich in seiner Prüfung des Haushaltsjahres 2017 den Wasserleitungsbau Waldsiedlung-Mühlriegelweg genauer angesehen und bei Rechnungen und Belegen keinerlei Beanstandungen zu vermerken gehabt. Bei der Prüfung der übrigen Haushaltsstellen wurden die Verpflegungskosten durch die Gemeinde bei langen Feuerwehreinsätzen bemängelt. Der Gemeinderat kam überein, bei außergewöhnlichen Einsätzen die ehrenamtlichen Einsatzkräfte zu verpflegen.

Aufgefallen ist den Prüfern, dass für das Heimatfest kein fester Stromanschluss besteht und er jedes Jahr neu beantragt wird. Nach Rücksprache mit den Verantwortlichen des Sportvereins als Veranstalter wurde dem Gemeinderat mitgeteilt, dass dies die billigste Variante sei.

Bei Fragen konnten sich die Rechnungsprüfer an Kämmerer Graßl um Auskunft wenden. Graßl gab den Prüfern nachrichtlich bekannt, dass sich der Schuldenstand von 2 172 702 Euro Ende

2017 auf 1 860 478 Euro zum 31. Dezember 2018 verringert hat.

Der Gemeinderat entlastete Verwaltung und Bürgermeister und genehmigte die Haushaltsrechnung 2017 einstimmig.

Landratsamt prüft

Die Zahlen der Schülerbeförderung wurden von den Rechnungsprüfern des Landratsamtes korrigiert. Demnach ist die Schulbusbeförderung aus dem Ortsteil Höbing erlaubt, hingegen aus dem Ortsteil Exenbach nicht mehr. Bürgermeister Brandl gab bekannt, dass die Kosten für Schulbushäuschen in die Beförderungskosten mit einfließen können. Zugesichert wurde, dass die Anregungen zum Vergaberecht künftig beachtet werden. Nicht einverstanden war der Gemeinderat mit der Forderung der Rechnungsprüfer, die Einsatzkosten für die Feuerwehren bei Sicherheitswachen für Vereine bei Veranstaltungen bis zum Jahr 2014 rückwirkend in Rechnung zu stellen. Dies wurde einstimmig abgelehnt.

Ladenschluss

Eine kleine Änderung gab es beim Offenhalten von Verkaufsstellen an vier Sonntagen im Jahr für jedes Geschäft in der Gemeinde. In der vorigen Sitzung wurde unter anderem der Sonntag des Weihnachtsmarktes benannt,

was aber nicht zulässig ist. So wurde als Ersatz der Flugfest-Sonntag (11. August) benannt.

Telefonzelle kommt weg

Bürgermeister Hermann Brandl gab die Termine für Veranstaltungen und die nächsten Sitzungen bekannt. Zudem informierte er den Gemeinderat, dass die Deutsche Telekom die öffentliche Sprechstelle am Dorfplatz mangels Rentabilität abbauen werde und im Panoramabad ein Chlorgassicherheitsventil ersetzt werden muss.

Anfragen

Gemeinderätin Margret Kilger fragte nach dem Termin der endgültigen Fertigstellung der Sanierung der Grundschule. Geschäftsleiter Graßl werde dies mit dem Planer abklären.

2. Bürgermeister Konrad Freimuth wollte wissen, ob eine Versicherung für Feuerwehren bestehe, wenn sie auf Geräten oder Maschinen von Außenstehenden zurückergreifen müssen, so wie beim Schneeeinsatz in letzter Zeit geschehen. Dies wurde abgeklärt, sagte Brandl.

Gemeinderat Josef Wieser bemängelte, dass der Lieferverkehr zur Biogasanlage im Winter, entgegen der Abmachung mit den Betreibern, über die Gemeindestraßen erfolge und nicht über die eigene Zufahrt. – er